

# Ausbildungsreife? Ausbildungsreife!



## Gewerkschaftliche Argumente zu einem bildungspolitischen Kampfbegriff

### »Alle Jugendlichen, die ausbildungswillig und -fähig sind, bekommen einen Ausbildungsplatz.«

Es war die rot-grüne Koalition, die sich 1999 im Job-Pakt mit der Wirtschaft erstmals auf diesen Slogan einließ. Die Aussage hat sich seitdem verselbständigt und taucht nun in bildungspolitischen Debatten unter dem Motto auf: Problem gelöst.

Wer leer ausgeht auf dem Ausbildungsstellenmarkt, so suggeriert der Satz, hat selber schuld, ist einfach nicht willig und/oder nicht fähig genug für die berufliche Bildung. Das Individuum hat demnach ein Problem, nicht die Gesellschaft, nicht die Wirtschaft. Das ist falsch und gefährlich.

### »Wir würden gern mehr Azubis einstellen, wenn es geeignete Bewerber gäbe. Doch bei vielen lassen die schulischen Leistungen sowie die Motivation zu wünschen übrig.«

Das häufig gehörte Argument der Wirtschaft ist eine Ausrede, weil es wichtige Aspekte übersieht:

In der Zeit geburtenstarker Jahrgänge haben die Unternehmen Bestenauslese unter den Jugendlichen betrieben. Anforderungen und Ansprüche an den betrieblichen Nachwuchs sind seither gestiegen. Zugleich haben viele Ausbilder/-innen immer weniger Zeit, die sie tatsächlich für die Arbeit mit »ihren« Azubis aufbringen können.

Zwar könnten Betriebe Unterstützung von Dritten anfordern. Doch ihre Bereitschaft ist oft gering, sich beim Ausgleich von Defiziten und beim Aufbau der Kompetenzen der Jugendlichen helfen zu lassen. Unter anderem deshalb, weil der Blick von außen eine mangelnde Ausbildungsreife der Unternehmen selbst aufdecken könnte.

### »Unsere Erfahrungen zeigen: Die Fähigkeiten der Jugendlichen werden seit Jahren schwächer. Es kann aber nicht Aufgabe der Wirtschaft sein, die Fehler des Schulsystems auszugleichen.«

Diese Klage – früher war alles besser – ist steinalt. Es steckt der Hang der Älteren dahinter, die Leistungen der eigenen Jugendzeit zu verklären.

Natürlich verlassen sich junge Leute beim Rechtschreiben schnell auf die Computersoftware und beim Addieren und Multiplizieren auf die Rechenmaschine, ohne groß selber nachzudenken. Dennoch: Sie haben heutzutage nicht weniger, sondern andere Kompetenzen. Und damit ist nicht nur die Doppelsprachigkeit der meisten Migrant/-innen gemeint. Untersuchungen zeigen vielmehr, dass logisch-schlussfolgerndes und vernetztes Denken von Generation zu Generation zunimmt – und damit die Problemlösefähigkeit.

Ein wichtiger Schritt: Denn mit der technologischen Entwicklung sind auch die Qualifikationsanforderungen in allen Berufen gestiegen. Schon in der Ausbildung wird mehr verlangt an fachlichen und sozialen Kompetenzen, an Leistung und Motivation als früher.

# Ausbildungsreife? Ausbildungsreife!



## Gewerkschaftliche Argumente zu einem bildungspolitischen Kampfbegriff

**»Die mangelnde Ausbildungsreife vieler Jugendlicher drückt sich nicht nur in schlechten Schulnoten aus. Es lassen vor allem auch Belastbarkeit, Disziplin und Leistungsbereitschaft zu wünschen übrig.«**

Über die fehlende »Ausbildungsreife« wird immer dort besonders laut gejammert, wo die beruflichen Bildungschancen der Jugendlichen besonders schlecht sind. Es handelt sich um eine Floskel, mit der alles und nichts gemeint sein kann, um einen politischen Kampfbegriff.

Mal vermissen Unternehmen bei den Bewerber/-innen fachliche Fähigkeiten, deren Vermittlung gerade die Aufgabe der Ausbildung sein sollte. Mal erscheinen die Sozialkompetenzen der Jugendlichen nicht ausgeprägt genug. Doch auch hier gilt: Verantwortungsbewusstsein, Genauigkeit, Durchhaltevermögen usw. sind Eigenschaften, die nicht im luftleeren Raum gedeihen, sondern dann, wenn Jugendliche den Sinn ihres Handelns sehen, wenn sie Lob und Anerkennung für ihre Leistung bekommen.

**»Die Anforderungen einer dreijährigen Berufsausbildung sind für Risikoschüler zu hoch. Besser für sie ist, wenn sie nur einzelne Module abschließen oder eine zweijährige Ausbildung für praktisch Begabte durchlaufen.«**

Das ist der falsche Ansatz. Die DGB-Jugend hält dagegen: Jede und jeder ist bildungsfähig. Alle haben ein Recht auf Ausbildung oder Studium. Wer Förderung braucht, um die Berufswahlfreiheit verwirklichen zu können, bekommt sie.

Nicht alle schaffen diesen Weg ohne zusätzliche Unterstützung. Das existierende Übergangssystem für junge Leute, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen haben, ist dazu nur bedingt geeignet. Es besteht aus einem Sammelsurium von hilfreichen, aber auch schädlichen oder unnützen Angeboten. Für viele junge Leute erweisen sich die Maßnahmen als Warteschleife oder Abstellgleis.

Jugendliche dürfen nicht in einer Sackgasse landen. Alle Bildungsangebote müssen an- und abschlussfähig sein und auch eine längerfristige Perspektive bieten. Schmalspurausbildungen erfüllen diese Forderung nicht. Abgelehnt wird auch der Weg, jungen Leuten lediglich kleinste Ausbildungshäppchen in beliebiger und unverbundener Form zu verabreichen und das als Modularisierung zu feiern.

Das Hamburger Ausbildungsmodell zeigt, wo es langgehen könnte, um Jugendlichen mit Förderbedarf auf die Sprünge zu helfen. In einigen Tarifverträgen haben Arbeitgeber und Gewerkschaften den Rahmen für entsprechende betriebliche Modelle geregelt. Alle Unternehmen können sich beratende und begleitende Unterstützung holen, angeboten von der Bundesagentur für Arbeit, von Kommunen oder Ländern.